



Bayerisches  
Verwaltungsgericht Augsburg

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg, Telfach 11/23-43, 80549 Augsburg

Dieses EDV-erstellte Schreiben ist aus Vereinfachungsgründen nicht unterzeichnet.

[Redacted]

Ihr Schreiben vom/ Ihr Zeichen  
Sitz bei Anruf: angeben  
unser Aktenzeichen:  
Au 8 S 21, 1255  
Telefon (0821) 327 - 3142  
Telefax (0821) 327 - 3149  
Zimmer Nr. 104  
Augsburg 2.6.2021

Verw.  
gegen  
wegen versammlungsrechtlicher Auflagen  
hier: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO

Anlegend übersenden wir die beglaubigte Abschrift der Entscheidung vom 4. Juni 2021.

Die Geschäftsstelle

<b>Dienstgebäude</b> Kornaugasse 4 86152 Augsburg	<b>Vereinsverbindung</b> Straßenbahnlinie 2 Haltestelle Mozarthaus	<b>Parteiverkehrszeiten</b> Mo. - Do. 8.30 Uhr - 12.00 Uhr 13.30 Uhr - 15.30 Uhr Fr. 8.00 Uhr - 12.00 Uhr Aktenansicht nach vorheriger Vereinbarung	<b>Telefon:</b> 0821 327-54 <b>Telefax:</b> 0821 327-3149 <b>E-Mail:</b> poststelle@vg-a.bayern.de <b>Internet:</b> <a href="http://www.vgh.bayern.de">http://www.vgh.bayern.de</a>
---	--	---	--



# Bayerisches Verwaltungsgericht Augsburg

In der Verwaltungsstreitsache

**Wolframstr. 22d, 86161 Augsburg**

- Antragsteller -

gegen

**Stadt Augsburg**  
vertreten durch die Oberbürgermeisterin  
An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg

- Antragsgegnerin -

beteiligt:

**Regierung von Schwaben als Völ**  
**SG 32 - Prozessvertretung -**  
86152 Augsburg

wegen

versammlungsrechtlicher Auflagen  
hier: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO

erlässt das Bayerische Verwaltungsgericht Augsburg, 8. Kammer,  
durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht, **[REDACTED]**,  
den F

ohne mündliche Verhandlung

am 4. Juni 2021

folgenden



### Beschluss:

- I. Die aufschiebende Wirkung der Klage des Antragstellers vom 2. Juni 2021 wird hinsichtlich Ziffer 2.1.1 des Bescheids der Antragsgegnerin vom 31. Mai 2021 insoweit angeordnet, als dort ein Streckenverlauf zwischen den B17-Anschlussstellen Augsburg-Pfersee/Stadtbergen und Augsburg-Kriegshaber/Zentrum/Bgm.-Ackermann-Straße/B300 ohne Einbeziehung der B17 angeordnet wurde.  
Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
- II. Die Beteiligten haben die Kosten des Verfahrens je zur Hälfte zu tragen.
- III. Der Streitwert wird auf EUR 5.000,00 festgesetzt.

### Gründe:

#### I.

- 1 Der Antragsteller begehrt die Anordnung der aufschiebenden Wirkung seiner Anfechtungsklage gegen eine versammlungsrechtliche Anordnung in Form eines von der Antragsgegnerin festgesetzten Streckenverlaufs seines geplanten Demonstrationszuges.
- 2 Der Antragsteller zeigte am 25. Mai 2021 per E-Mail bei der Antragsgegnerin eine Versammlung unter freiem Himmel für den 6. Juni 2021, 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr zum Thema „Klimaschutz durch Mobilitätswende: T80 auf der gesamten A8, keine neuen Autobahnen in DE; A8, B17 und Raum Augsburg nach Konzept „Verkehr 4x0“ umgestalten und Fahrradstadt JETZT: sichere Radwege!; günstiger, gut ausgebauter ÖPNV im Ballungsraum Augsburg und DE“ in Form eines Demonstrationszugs mit Fahrrädern und stationären Kundgebungen an. Als Wegstrecke wurde die folgende Route über die Autobahn A8 und die Bundesstraße B17 angezeigt: Rathausplatz, Leonhardsberg, Jakobstraße, Lechhauser Straße, Berliner Allee, MAN-Brücke, Bundesstraße B2, Mühlhauser Straße, Autobahn A8, Bundesstraße B17, Bgm.-Ackermann-Straße, Rosenaustraße, Pferseer Straße, Frölichstraße, Grottenau, Rathausplatz. Alternativ wurde eine Route ohne Benutzung der A8, jedoch mit Nutzung der B17 vorgeschlagen.

Die Antragsgegnerin holte daraufhin folgende Stellungnahmen ein:

- 3 - Verkehrsinspektion vom 27. Mai 2021
- 4 - Tiefbauamt der Antragsgegnerin – Abteilung Straßenverkehr vom 27. Mai 2021
- 5 - Amt für Brand- und Katastrophenschutz der Antragsgegnerin – Integrierte Leitstelle vom 27. Mai 2021
- 6 - Amt für Brand- und Katastrophenschutz der Antragsgegnerin – SG Einsatzvorbereitung vom 27. Mai 2021
- 7 - Ärztlicher Leiter Rettungsdienst vom 26. Mai 2021
- 8 - BRK Kreisverband vom 27. Mai 2021
- 9 - BRK Stadt vom 26. Mai 2021
- 10 - Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. vom 26. Mai 2021
- 11 - Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung vom 26. Mai 2021
- 12 - Malteser Rettungsdienst vom 26. Mai 2021
- 13 - Autobahn GmbH des Bundes – Niederlassung Südbayern vom 27. Mai 2021
- 14 - Staatliches Bauamt vom 27. Mai 2021

Den Stellungnahmen ist im Wesentlichen zu entnehmen, dass bei der angezeigten Wegstrecke eine Sperrung der A8 und der B17 über mehrere Stunden erforderlich sei und zur Vermeidung von „Gafferunfällen“ auch die Gegenfahrbahn gesperrt werden müsse. Dies ergebe sich daraus, dass der Demonstrationsszug bei rund 200 Teilnehmern eine Länge von etwa 700 bis 1.000 m habe. Es sei mit erheblichen Verkehrsbehinderungen und einer Gefahr für die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs zu rechnen. Aufgrund des erheblichen Verkehrsaufkommens auf den beiden Bundesfernstraßen sei auch mit einer Überlastung der Umleitungsstrecken zu rechnen, wodurch die Gefahr bestehe, dass Notfalleinsätze des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei nur mit erheblichen Verzögerungen abgewickelt und die Hilfsfristen für derartige Einsätze nicht eingehalten werden könnten. Dies gelte v.a. auch hinsichtlich der Versorgung durch das Universitätsklinikum, da durch die angezeigte Streckenführung der Zusammenfluss aller Rettungsdienststruten unmittelbar vor dem Universitätsklinikum betroffen sei. Die Passierbarkeit bzw. Querungsmöglichkeit bei Notfalleinsätzen werde in Bezug auf den Fahrraddemonstrationsszug ohne die Gefährdung



der Teilnehmer nicht für möglich bzw. jedenfalls erheblich erschwert erachtet. Die Straßenmeister habe lediglich die Kapazität zur Sperrung/Absicherung von zwei Anschlussstellen. Leistungsfähige Umleitungsstrecken stünden nicht zur Verfügung. Insbesondere im Osten müsse der Verkehr durch die Stadt und über eine der vier Lechbrücken geleitet werden, wovon eine Brücke derzeit nur in einer Richtung befahrbar sei.

17 Auf die Stellungnahmen wird im Einzelnen verwiesen.

18 Bei einem Kooperationsgespräch am 28. Mai 2021 zwischen den Beteiligten, der Polizeiinspektion und der Verkehrspolizeiinspektion wurden unter Hinweis auf die problematische Streckenführung über die B17, B2 und A8 alternative Streckenführungen von Seiten der Antragsgegnerin angeboten. Der Antragsteller hielt dabei an der geplanten Streckenführung über die A8 und B17 fest.

19 Mit Bescheid vom 31. Mai 2021 bestätigte die Antragsgegnerin die angezeigte Versammlung und traf diverse Anordnungen. In Ziffer 2.1.1 ordnete die Antragsgegnerin abweichend von der Anzeige folgenden örtlichen Streckenverlauf der Versammlung an: Plärrergelände (Kleiner Exerzierplatz), Badstraße, Klinkenberg, Schaezlerstraße, Hermanstraße, Rosenaustraße, Schießstättenstraße, Gollwitzerstraße, Färberstraße, Treustraße, Bgm.-Bohl-Straße, Grasier Weg, Sheridan-Park, Nestackeweg, Bismarkstraße, Hagenmähderstraße, Bgm.-Ackermann-Straße, Holzbachstraße, Badstraße, Plärrergelände (Kleiner Exerzierplatz). Die Anzahl der Versammlungsteilnehmer für den Demonstrationszug wurde auf 200 Personen und für den stationären Teil auf 1.000 Personen beschränkt (Ziffer 2.1.4).

20 Die Anordnung der alternativen Strecke stütze sich auf Art. 15 Abs. 1 BayVersG. Wie aus den eingeholten Stellungnahmen hervorgehe, bestehe durch die beidseitige Sperrung der B17 und der A8 für einen Zeitraum von mehreren Stunden eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, insbesondere für die überragend wichtigen Güter Leben und Gesundheit, da in Nörfällen für Feuerwehr und Rettungsdienste durch die Vollsperrung ein erheblicher Zeitverlust entstehe. Da es sich um überragend wichtige Schutzgüter handle, sei bei der anzustellenden Prognoseentscheidung an den tatsächlichen Schadenseintritt bereits eine geringere Wahrscheinlichkeit zum Erlass von Beschränkungen ausreichend. Die notwendigen Umleitungsstrecken stellten keine geeignete

Alternative dar, da durch die Umleitung durch das Stadtgebiet der Verkehr zum Erliegen kommen würde, so dass erhebliche Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs gegeben seien.

21

Die Anordnung der alternativen Strecke sei geeignet, um Gefahren für das Leben und die Gesundheit und die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs entgegenzuwirken. Die Anordnung sei erforderlich. Aufgrund der Bedeutung der jeweiligen Verkehrsachsen für den regionalen als auch den überregionalen Verkehr sei kein anderer Streckenabschnitt auf der B17 oder der A8 ersichtlich, welcher als unproblematisch bewertet werden könne. Ferner sei das Überholen bzw. Queren des Demonstrationszuges durch Rettungsdienste auf Bundesfernstraßen bzw. Bundesautobahnen in der Praxis nicht umsetzbar. Bei einer Teilnehmerzahl von 200 Personen, welche sich in Blöcken fortbewegen, sei eine durchschnittliche Gesamtlänge des Demonstrationszuges von 700 bis 1.000 m anzunehmen, da bei sich fortbewegenden Versammlungen regelmäßig ein Ziehharmonika-Effekt zu beobachten sei. Ein solcher sei nur mit erheblichem reduzierter Geschwindigkeit zu passieren, was in bedrohlichen Fällen zu einem entscheidenden Zeitverlust bis zur notwendigen ärztlichen Versorgung führen könne. Bei Fahrraddemonstrationen sei in der Vergangenheit bereits mehrfach beobachtet worden, dass einzelne Teilnehmer ausgespart seien und sich auf die Nebenspur begaben hätten. Es sei daher nicht zu gewährleisten, dass eine Fahrbahn für Rettungsfahrzeuge permanent freigehalten werde, was zu Gefahren für Leben und Gesundheit von Versammlungsteilnehmern sowie unbeteiligten Dritten, führen würde. Ein Zeitverlust trete auch durch erhebliche Rückstauungen ein. Durch die Anordnung der alternativen Streckenführung werde dem Veranstalter dennoch die Durchführung eines Demonstrationszuges in Form einer Fahrraddemonstration ermöglicht. Mildere Mittel seien nicht ersichtlich.

22

Die Anordnung sei auch angemessen. Das Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters über die Durchführung und den Ort der Versammlung sei nicht schrankenlos gewährleistet. Es umfasse nicht, welche Beeinträchtigungen die Träger kollidierender Rechtsgüter hinzunehmen haben. Ferner stelle das Bundesverfassungsgericht klar, dass im öffentlichen Straßenraum vor allem innerörtliche Straßen und Plätze als Stätten des Informations- und Meinungsaustausches sowie der Pflege menschlicher Kontakte angesehen würden. In der Rechtsprechung sei anerkannt, dass Bundesfernstraßen der



öffentlichen Kommunikation in weitaus geringerem Umfang gewidmet seien als in-  
nerörtliche Straßen. Die Verkehrsbelange einer Bundesfernstraße würden aufgrund  
der Widmung der Straße und ihrer Verkehrsbedeutung grundsätzlich Vorrang gegen-  
über Versammlungsinteressen haben.

Bei der A8 handele es sich um eine Bundesautobahn, welche gem. § 1 Abs. 3 FStrG  
nur für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt und so angelegt sei, dass sie  
frei von höhengleichen Kreuzungen für Zu- und Abfahrten mit besonderen Anschluss-  
stellen ausgestattet seien. Bei den für die Versammlung beabsichtigten Straßenab-  
schnitten sei eine Nutzung zu Kommunikationszwecken nicht miteingeschlossen.

Die Anordnung der alternativen Straßenführung sei in Ausübung pflichtgemäßen Er-  
messens unter Abwägung der widerstreitenden Grundrechte erfolgt. Die Streckenab-  
schnitte auf der A8 und der B17 seien als unfallträchtig einzustufen. Zum Schutz von  
Leib und Leben der Versammlungsteilnehmer sowie der eingesetzten Beamten müs-  
sen die A8 und die B17 beidseitig gesperrt werden, so dass erhebliche Beeinträchti-  
gungen über mehrere Stunden insbesondere auch für Rettungsdienste und Feuerwehr  
entstünden. Es sei zu erwarten, dass der Verkehr im Umleitungsbereich vollständig  
zum Erliegen komme. Eine Einschränkung von weit über einer Stunde sei in der Recht-  
sprechung als unzumutbare Zeitspanne für die Beeinträchtigung anderer Verkehrsteil-  
nehmer angesehen worden.

Eine alternative Route ohne Benutzung der A8 und der B17 habe für die Versamm-  
lungsteilnehmer keine erheblichen Auswirkungen. Diese seien nicht auf den ge-  
wünschten Ort des Aufzuges als Bezugsobjekt angewiesen, um ihr kommunikatives  
Anliegen zu transportieren. Das Versammlungsthema setze sich zwar thematisch mit  
den jeweiligen Straßen auseinander, jedoch werde auf diesen keinerlei Bezug zum  
Thema Fahrradnutzung hergestellt. Es werde lediglich ein Tempolimit sowie die Ein-  
richtung von Schnellbuslinien gefordert.

Weiter sei zu berücksichtigen, dass eine Teilhabe Dritter an der öffentlichen Meinungs-  
bildung auf einem gesperrten Teilabschnitt auf der A8 bzw. B17 weitgehend unmöglich  
sei. Der kommunikative Prozess mit Dritten und die Verfolgung eines Anliegens durch  
Meinungsaustausch würden damit bei der angezeigten Versammlung auf diesen Stre-  
ckenabschnitten in den Hintergrund treten. Behinderungen und Zwangseinwirkungen  
seien nur insoweit durch Art. 8 GG gerechtfertigt, wie sie sich als sozialadäquate Ne-  
benfolge einer rechtmäßigen Demonstration durch zumutbare Beschränkungen nicht

vermeiden lassen. An dieser Voraussetzung ist ab-  
sichtigt seien, um die Aufmerksamkeit t  
Hiergegen erhob der Antragsteller am 2.  
die Auflage 2.1.1, mit der eine von der ang  
Wegstrecke angeordnet wurde. Der Antr  
das Teilstücks der A8 sowie die Ver

vermeiden lassen. An dieser Voraussetzung fehle es, wenn Behinderungen Dritter beabsichtigt seien, um die Aufmerksamkeit für das Demonstrationsanliegen zu erhöhen.

Hiergegen erhob der Antragsteller am 2. Juni Klage (Au 8 K 21.1264) beschränkt auf die Auflage 2.1.1, mit der eine von der angezeigten Demonstrationroute abweichende Wegstrecke angeordnet wurde. Der Antragsteller akzeptiere die Untersagung der Nutzung des Teilstücks der A8 sowie die Verlegung des Start- und Zielortes. Keinesfalls akzeptiere er die Untersagung der Nutzung des angezeigten Teilstücks auf der B17. Über diese Klage ist noch nicht entschieden.

28 Gleichzeitig beantragt der Antragsteller im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes

29 die aufschiebende Wirkung dieser Klage gegen die Auflage 2.1.1 im Bescheid der Antragsgegnerin vom 31. Mai 2021 wiederherzustellen.

30 Zur Begründung ist angeführt, dass der Zweck der Versammlung ein Eintreten für die Verkehrswende sei, aber auch Protest gegen den Neubau und die Wirkung von Autobahnen als primäre Struktur zur Leitung des überregionalen Verkehrs. Zweck sei auch der Protest gegen das Automobil und andere Formen motorisierter Individualfahrzeuge sowie den zunehmenden Gütertransport auf Straßen. Zur Bewältigung der Klimakrise sei die Verkehrswende dringend erforderlich. Die B17 sei passender und zulässiger Ort für die Versammlung, da diese die bedeutendste autobahnähnliche Nord-Süd-Verbindung im Stadtgebiet und Unfallbrennpunkt sei. Die Ortswahl passe zum Thema der Versammlung und die Nutzung der Autobahnen sei auf die jeweils möglichen kürzesten Abschnitte reduziert worden. Das Bild einer Fahrraddemo auf einer Autobahn sei starkes Symbol der Botschaft. Der Autoverkehr sei zu 25 % ursächlich verantwortlich für die Klimakatastrophe. Durch eine Beibehaltung des Straßenverkehrs in der bisherigen Form entstehe eine erhebliche Gefährdung für Menschen und Tiere.

31 Die Versammlungsbehörde habe fehlerhaft kein Ermessen ausgeübt, weil sie wegen der Annahme, das FStrG schließe Demonstrationen auf Autobahnen grundsätzlich aus, von einer gebundenen Entscheidung ausgegangen sei. Das FStrG beinhalte keine versammlungseinschränkenden Bestimmungen.



- 32 Auch der Zeitpunkt der Versammlung sei gezielt gewählt und nicht verschiebbar. Die Protestveranstaltung finde im Rahmen eines bundesweiten Verkehrswendetages statt, was für die beabsichtigte Wirkung ebenfalls entscheidend sei. Je angemeldetem Teilstück auf der A8 bzw. B17 betrage die dortige Verweildauer weniger als eine Stunde, was verhältnismäßig und hinnehmbar sei. Grundrechte Dritter würden daher nicht unzumutbar beeinträchtigt. Die Verkehrsbeeinträchtigungen seien nicht wesentlicher als übliche Verzögerungen im alltäglichen Verkehrsgeschehen. Es sei nicht zulässig, Anordnungen hinsichtlich einer Versammlung mit Gefahren zu begründen, die auch ohne Versammlung am Ort der Versammlung bestehen würden, etwa mit Rückstaus, die alltäglich vorkämen. Weshalb eine Sperrung der Gegenfahrbahn nötig sei, erschließe sich nicht. Soweit die Antragsgegnerin die Anordnungen damit begründe, es bestünden Unfallschwerpunkte bzw. es werde eine hohe Geschwindigkeit gefahren, würde die Versammlung durch ihre Forderungen gerade bei diesen Punkten Abhilfe schaffen wollen. Eine Interessenabwägung müsse daher zu Lasten der Autofahrer ausgehen. Das Verbot der Nutzung der B17 greife so stark in den Charakter der Versammlung ein, dass es de facto als Verbot der angemeldeten Versammlung zu verstehen sei. Die B17 sei wesentliches Bezugsobjekt des Versammlungsthemas.

- 33 Die Antragsgegnerin beantragt,

- 34 den Antrag abzulehnen.

- 35 Zur Begründung ist unter Bezugnahme auf den streitgegenständlichen Bescheid wiederholend und vertiefend vorgetragen, dass eine Gefahr für die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs sowie für die schützenswerten Güter Leben und Gesundheit bestehe, da in Nottfällen die Sperrung der Straßen sowie der dadurch entstehende Umleitungsverkehr einen erheblichen Zeitverlust verursachten. Sowohl die B17 als auch die A8 seien Bundesfernstraßen im Sinne des § 1 Abs. 1 und 2 FStrG. Auf Autobahnen sei ein kommunikativer Verkehr nicht eröffnet, weshalb Versammlungen an diesen Örtlichkeiten nicht ihren natürlichen Platz hätten. Gleiches müsse auch für die autobahnähnlich ausgebaute B17 gelten. Die Zulässigkeit der Nutzung einer Bundesfernstraße zum Zwecke einer Versammlung sei allenfalls in Ausnahmefällen zulässig,

da solche Straßen nach ihrer Zwecksetzung vorwiegend zu Verkehrszwecken zur Verfügung stünden und nicht in gleichem Maße wie etwa innerörtliche Straßen und Plätze für eine ein kommunikatives Anliegen verfolgende Versammlung offen stünden. Die Verkehrsbelange einer Bundesfernstraße würden aufgrund der Widmung der Straße und ihrer konkreten Verkehrsbedeutung grundsätzlich Vorrang vor Versammlungsinteressen genießen. Die B17 habe überörtliche Verkehrsbedeutung. Bei Zulassung der Versammlung wie angezeigt müsse sowohl die A8 als auch die B17 in mindestens eine Fahrtrichtung für bis zu viereinhalb Stunden komplett gesperrt werden. Die aufgrund der Sperrung – ggf. auch der Gegenrichtung – zu erwartenden Verkehrsbehinderungen stellten keine lediglich geringfügigen und hinzunehmenden Beeinträchtigungen dar. Hinzu komme, dass der Versammlungszeitpunkt auf den letzten Tag der Pfingstferien falle, an dem mit starkem Rückreiseverkehr zu rechnen sei. Es bestünden auch keine adäquaten Ausweichrouten, weshalb eine erhebliche Verkehrsproblematik und zusätzliche Unfallgefahren entstünden. Ein schnellstmögliches Erreichen von Einsatzstellen durch Feuerwehr, Rettungsdienste und die Polizei werde stark behindert bzw. verzögert. Das Selbstbestimmungsrecht des Versammlungsveranstalters umfasse nicht die Entscheidung, welche Beeinträchtigungen Träger kollidierender Rechtsgüter hinzunehmen hätten.

36

Mit Schriftsatz vom 4. Juni 2021 ergänzte die Antragsgegnerin ihr Vorbringen dahingehend, dass selbst bei Nutzung nur eines Teilstücks der B17 zwischen zwei Anschlägen eine Sperrzeit von ca. 100 Minuten erforderlich sei. Diese Sperrzeit gehe deutlich über die in der Rechtsprechung genannten 30 Minuten hinaus. Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes für den Raum Nürnberg sei nicht übertragbar, da es dort vier Bundesstraßen gebe, die für eine Umleitung zur Verfügung stünden. Im Bereich der Antragsgegnerin gebe es eine andere Verkehrs- und Straßensituation.

Hierzu legte die Antragsgegnerin eine Stellungnahme der Verkehrspolizei vom 4. Juni 2021 sowie des Ordnungsamts der Antragsgegnerin vom 4. Juni 2021 vor. Aus diesen geht im Wesentlichen hervor, dass die Sperrung und Ausleitung in beiden Fahrtrichtungen durch die Straßenmeisterei ca. 40 Minuten brauche. Hinzu komme eine Kontrollfahrt von fünf Minuten. Das Befahren der Strecke durch die Demonstrationsteilnehmer dauere ca. zehn Minuten. Es könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass

37



Demonstrationsteilnehmer auf dem Teilstück der B17 verweilen würden. Dies sei wegen des teilweise unkooperativen Verhaltens des Teilnehmerkreises bei in der Vergangenheit durchgeführten Demonstrationen zu befürchten. Abschließend sei eine Kontrollfahrt von fünf Minuten sowie der Abbau der Sperrungen über einen Zeitraum von ca. 30 Minuten nötig. Daneben sei ein Vorlauf von ca. zehn Minuten bis zum Eintreffen der Demonstrationsteilnehmer auf der B17 einzuberechnen, so dass sich insgesamt ein zeitlicher Ansatz von 100 Minuten ergebe. Die für 6. Juni 2021 angezeigte Versammlung sei bekannt und die Sperrungen insofern planbar.

38

Auf die Stellungnahmen wird im Einzelnen verwiesen.

39

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte auch im Verfahren Au 8 K 21.1264 und der beigezogenen Behördenakte verwiesen.

## II.

40

Der zulässige Antrag hat in der Sache teilweise Erfolg.

41

1. Da die von dem Antragsteller erhobene Klage aufgrund Art. 25 des Bayerischen Versammlungsgesetzes (BayVersG) keine aufschiebende Wirkung hat, ist nach der hingehender Auslegung gem. §§ 122 Abs. 1, 88 VwGO sein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 Alt. 1 VwGO statthaft.

42

2. Die aufschiebende Wirkung der Klage war im tenorisierten Umfang anzuordnen, da die von der Antragsgegnerin verfügte, von der Anzeige abweichende alternative Wegstrecke in Ziffer 2.1.1 des streitgegenständlichen Bescheids sich nach summarischer Prüfung im vorliegenden Verfahren voraussichtlich als teilweise rechtswidrig erweist und den Antragsteller dadurch insofern in seinen Rechten verletzt, § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO.

43

Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag die aufschiebende Wirkung der Klage anordnen, wenn die Klage keine aufschiebende

Wirkung hat. Das Gericht hat bei seiner Entscheidung eine originäre Interessenabwägung auf der Grundlage der sich im Zeitpunkt seiner Entscheidung darstellenden Sach- und Rechtslage darüber zu treffen, ob die Interessen, die für die Anordnung der aufschiebenden Wirkung streiten, oder diejenigen, die für einen sofortigen Vollzug des angefochtenen Verwaltungsakts sprechen, überwiegen. Dabei sind die Erfolgsaussichten der Klage im Hauptsacheverfahren wesentlich zu berücksichtigen, soweit diese im Rahmen der hier nur gebotenen und möglichen summarischen Prüfung bereits beurteilt werden können. Nach allgemeiner Meinung besteht an der Wiederherstellung bzw. Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer voraussichtlich aussichtslosen Klage kein überwiegendes Interesse. Wird dagegen der in der Hauptsache erhobene Rechtsbehelf bei der im einstweiligen Rechtsschutzverfahren nur möglichen summarischen Prüfung voraussichtlich erfolgreich sein (weil er zulässig und begründet ist), so wird regelmäßig nur die Wiederherstellung bzw. Anordnung der aufschiebenden Wirkung in Betracht kommen. Sind die Erfolgsaussichten offen, so ist eine reine Interessenabwägung vorzunehmen (vgl. Eyermann/Hoppe, VwGO, 15. Auflage 2019, § 80 Rn. 90 ff.). Auch die Bedeutung des verfassungsrechtlichen Schutzes der Versammlungsfreiheit durch Art. 8 des Grundgesetzes (GG) ist in diesem Rahmen zu berücksichtigen.

- a) Rechtsgrundlage der Festsetzung einer alternativen Streckenführung ist Art. 15 Abs. 1 BayVersG. Danach kann die zuständige Behörde eine Versammlung beschränken oder verbieten, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist. Das in Art. 8 Abs. 1 GG gewährleistete Grundrecht der Versammlungsfreiheit schützt die Freiheit, mit anderen Personen zum Zwecke der gemeinschaftlichen, auf Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung örtlich zusammenzukommen (vgl. BVerfG, B.v. 30.8.2020 – 1 BvQ 94/20 – juris Rn. 14 m.w.N.; B. v. 14.10.2001 – 1 BvR 1190/90 u.a. – juris Rn. 39 ff.). Als Freiheit zur kollektiven Meinungskundgabe ist die Versammlungsfreiheit für eine freiheitlich demokratische Staatsordnung konstituierend. In ihrer idealtypischen Ausformung sind Demonstrationen die gemeinsame körperliche Sichtbarma-



chung von Überzeugungen, bei der die Teilnehmer in der Gemeinschaft mit an deren eine Vergewisserung dieser Überzeugungen erfahren und andererseits nach außen – schon durch die bloße Anwesenheit, die Art des Auftretens und die Wahl des Ortes – im eigentlichen Sinne des Wortes Stellung nehmen und ihren Standpunkt bezeugen. Damit die Bürger selbst entscheiden können, wann, wo und unter welchen Modalitäten sie ihr Anliegen am wirksamsten zur Geltung bringen können, gewährleistet Art. 8 Abs. 1 GG nicht nur die Freiheit, an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen oder ihr fern zu bleiben, sondern umfasst zugleich ein Selbstbestimmungsrecht über die Durchführung der Versammlung als Aufzug, die Auswahl des Ortes und die Bestimmung der sonstigen Modalitäten der Versammlung (stRspr, vgl. etwa BVerfG, B.v. 20.12.2012 – 1 BvR 2794/10 – juris Rn. 16). Hierbei ist dem Grundrechtsträger das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Veranstaltung gewährleistet (vgl. BVerfG, B.v. 14.05.1985 – 1 BvR 233/81 u.a. – juris Rn. 61). Soweit Beschränkungen verfügt werden, ist dies nach Art. 8 Abs. 2 GG für Versammlungen unter freiem Himmel durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes möglich, allerdings nur zum Schutz gleichwertiger anderer Rechtsgüter unter strikter Wahrung der Verhältnismäßigkeit (zuletzt etwa BVerfG, B.v. 21.11.2020 – 1 BvQ 135/20 – juris Rn. 6; B.v. 30.8.2020 – 1 BvQ 94/20 – juris Rn. 14 m.w.N.; BayVGH B.v. 24.1.2021 – n.v. Rn. 12 des BA). Derartige Beschränkungen sind im Lichte der grundlegenden Bedeutung von Art. 8 Abs. 1 GG auszulegen; Rechtsgüterkollisionen ist im Rahmen versammlungsrechtlicher Verfügungen durch Auflagen oder Modifikationen der Durchführung der Versammlung Rechnung zu tragen (vgl. BVerfG, B.v. 24.10.2001 – 1 BvR 1190/90 – BVerfGE 104, 92 – juris Rn. 54, 63). Insoweit gilt die Regel, dass kollektive Meinungsäußerungen in Form einer Versammlung umso schutzwürdiger sind, je mehr es sich bei ihnen um einen Beitrag zum Meinungskampf in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage handelt (stRspr, vgl. BVerfG, U.v. 11.11.1986 – 1 BvR 713/83 – BVerfGE 73, 206 – juris Rn. 102). Nur soweit eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt, kann von dem Veranstalter nach Art. 15 Abs. 1 BayVersG verlangt werden, dass er den geplanten Ablauf seiner Versammlung ändert, oder kann eine Versammlung gänzlich untersagt werden (BVerfG, B.v. 30.8.2020 – 1 BvQ 94/20 – juris Rn. 14

m. w. N.: SächsoVG, B. v. 11.12.2020 - 6 B 432/20 - juris Rn. 11, B. v. 13.3.2021 - 6 B 96/21 - juris Rn. 6). Mit dem Merkmal der unmittelbaren Gefährdung ist ein hoher Gefahrenmaßstab angesprochen, den nicht schlechterdings jede zu erwartende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit erreicht.

Der Schutz der „öffentlichen Sicherheit“ im Sinne von Art. 15 Abs. 1 BayVersG umfasst die gesamte Rechtsordnung und damit auch straßenverkehrsrechtliche Vorschriften, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs regeln (vgl. BVerwG, U. v. 21.4.1989 - 7 C 50/88 - BVerwGE 82, 34 - juris Rn. 15). Kollidiert die Versammlungsfreiheit mit dem Schutz der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, ist - wie auch sonst - eine Abwägung der betroffenen Positionen zur Herstellung praktischer Konkordanz erforderlich. Wichtige Abwägungselemente sind dabei unter anderem die Dauer und Intensität der Aktion, deren vorherige Bekanntgabe, Ausweichmöglichkeiten, die Dringlichkeit der blockierten Tätigkeit Dritter, aber auch der Sachbezug zwischen den beeinträchtigten Dritten und dem Protestgegenstand. Stehen die äußere Gestaltung und die durch sie ausgelösten Behinderungen in einem Zusammenhang mit dem Versammlungsthema oder betrifft das Anliegen auch die von der Demonstration nachteilig Betroffenen, kann die Beeinträchtigung ihrer Freiheitsrechte unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände möglicherweise eher sozial erträglich und dann in größerem Maße hinzunehmen sein, als wenn dies nicht der Fall ist. Demgemäß ist im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen, ob und wie weit die Wahl des Versammlungsortes und die konkrete Ausgestaltung der Versammlung sowie die von ihr betroffenen Personen einen Bezug zum Versammlungsthema haben (BayVG, B. v. 13.11.2020 - 10 CS 20 2655 - juris Rn. 22; VGH Hessen, B. v. 30.10.2020 - 2 B 2655/20 - juris Rn. 5 unter Verweis auf BVerfG, B. v. 24.10.2001 - 1 BvR 1190/90 - BVerfGE 104, 92 - juris Rn. 64).

- b) Gemessen an diesen verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Vorgaben erweist sich in Würdigung aller Gesamtumstände des Einzelfalls die Änderung der Versammlungsrouten im tenorisierten Umfang voraussichtlich als unangemessener Eingriff in die Versammlungsfreiheit des Antragstellers bzw. der Versammlungsteilnehmer.



(1) Der Antragsteller hat mit seinem Versammlungsthema zum „Klimaschutz durch Mobilitätswende“ bereits für sich genommen ein Thema von überregionaler großer öffentlicher Bedeutung gewählt, das sich eingebunden in die allgemeine Diskussion um die sogenannte „Verkehrswende“ als Beitrag zu klimafreundlicher Politik versteht. Der Antragsteller beabsichtigt die Durchführung einer Fahrraddemonstration an den bundesweit dezentral organisierten Aktionstagen zur Verkehrs- bzw. Mobilitätswende und zum Klimaschutz am 5. und 6. Juni 2021, an denen deutschlandweit zahlreiche Aktionsprojekte stattfinden, die sich auch gegen Autobahn- und Straßenbauprojekte wenden. Der Antragsteller hat seine Versammlung zum Thema „Klimaschutz durch Mobilitätswende: T80 auf der gesamten A8, keine neuen Autobahnen in DE; A8, B17 und Raum Aach nach Konzept „Verkehr 4x0“ umgestalten und Fahrradstadt JETZT: sichere Radwege!; günstiger, gut ausgebauter ÖPNV im Ballungsraum Aach und DE“ angemeldet und dabei insbesondere einen engen Bezug zur Mobilitätswende bezogen auch auf den Individualverkehr im Stadtgebiet der Antragseigenin hergestellt. Das Versammlungsthema weist zudem einen unmittelbaren Bezug zur Nutzung der B17 auf. Begründet wurde die Nutzung der B17 explizit damit, dass dort Schnellbuslinien verkehren sollen, eine Busspur für den Ballungsraum Aach eingerichtet werden soll, sowie ein Tempolimit von 60 km/h für das gesamte Stadtgebiet gefordert wird. Der Verlauf der Demonstrationsstrecke soll dabei das Ineinandergreifen eines von der Versammlung geforderten Verkehrskonzeptes veranschaulichen, um Fahrradverkehr durch besser ausgebauten Radwege und den ÖPNV in Form von Straßenbahnen und Bussen (Schnellbuslinien und neue Standorte für diesbezügliche Haltestellen) nahtlos ineinander greifen zu lassen (vgl. Bl. 4 der Behördenakte: Beschreibung der Route mit Zwischenkundgebungen). Auf der Kreuzung B17/Bgm.-Ackermann-Straße soll auf die dortige schwierige Situation für Radfahrer hingewiesen werden. Die Inanspruchnahme der B17 zielt gerade auf die im Rahmen der Verkehrswende diskutierte Umverteilung des öffentlichen Raumes insbesondere im Stadtgebiet. Aufgrund dieses engen Bezugs zu einem die Öffentlichkeit wesentlich interessierenden Thema sind

sich gerade im Stadtbereich zahlreiche Zu- und Abfahrten in das Stadtgebiet, der Antragsgegnerin, so dass die B17 – anders als eine Bundesautobahn wie die A8 – insofern auch einem örtlich beschränkteren Verkehr dient, was bei einer Abwägung der widerstreitenden Interessen und Grundrechte insbesondere vor dem hohen Gut der Versammlungsfreiheit zu berücksichtigen ist.

- 50 (3) In Anwendung dieser Grundsätze erscheint es dem Gericht unter Einbeziehung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere unter Berücksichtigung des Ausnahmecharakters der angezeigten Versammlung als dezentrale Aktion im Rahmen eines bundesweit organisierten Aktionswochenendes, für dritte Verkehrsteilnehmer zumutbar und unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie Abwägung aller widerstreitenden Interessen verhältnismäßig, den Versammlungsteilnehmern für eine kurze Wegstrecke in einem zeitlich knappen Rahmen die Nutzung eines Teilbereichs der B17 im Stadtgebiet der Antragsgegnerin wegen des engen Bezugs zum Versammlungsthema zu ermöglichen.

- 51 (4) Vorliegend hat die Antragsgegnerin bereits eine Streckenführung an den Anschlussstellen Augsburg-Pfersee/Stadtbergen und Augsburg-Kriegshaber/Zentrum/Bgm.-Ackermann-Straße/B300 angeordnet, jedoch ohne den dazwischenliegenden, etwa 1.100 m langen Teil der B17 mit einzubeziehen. Die Nutzung dieses Teilstücks stellt im Vergleich zur Komplettuntersagung der Nutzung der B17 ein milderes Mittel dar. Das Gericht kann aufgrund der nur möglichen summarischen Prüfung nicht erkennen, dass die Sperrung der B17 – jedenfalls auf diesem relativ kurzen Teilstück, welches ohnehin im Bereich der bereits im Bescheid festgesetzten Versammlungsstrecke liegt – zu spezifischen Verkehrsgefahren führen wird, die wesentlich über die allgemeinen nicht den Versammlungsteilnehmern unmittelbar zuzurechnenden Verkehrsgefahren hinausgehen. Weder die von der Antragsgegnerin besorgten Unfälle noch die Möglichkeit erheblicher Verkehrsbehinderungen zeichnen sich so hinreichend konkret ab, dass sie als unmittelbare Ge-

fährdung der öffentlichen Sicherheit gerade gesehen werden können. Anderes ergibt sich aus den eingeholten Stellungnahmen von eingeholten Stellungnahmen auf eine Befriedigung der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und der Polizei. Die Annahme eines öffentlichen Sicherheitsrisikos ist für die Nutzung des o.g. kurzen Teilstücks der B17 nicht substantiiert, zumal die ohnehin in die genehmigte Nutzung dieser Straße durch die Antragsgegnerin einbezogene Nutzung der B17 reduziert wird, so dass die Befahrbarkeit und damit dem Um-



fährdung der öffentlichen Sicherheit gerade durch die Versammlung angesehen werden können. Anderes ergibt sich auch nicht hinreichend konkret aus den eingeholten Stellungnahmen verschiedener Stellen. Soweit in den eingeholten Stellungnahmen auf eine Beeinträchtigung der wirksamen Aufgabenerfüllung der Feuerwehr, des Rettungsdienstes oder der Polizei hingewiesen wird, ist dies für die Annahme einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des Lebens bzw. der Gesundheit – jedenfalls hinsichtlich der Nutzung des o.g. kurzen Teilstücks der B17 – nicht hinreichend konkret und substantiiert, zumal die Antragsgegnerin die Bgm.-Ackermann-Straße ohnehin in die genehmigte Versammlungsstrecke einbezogen hat und die Nutzung dieser Straße durch Einbeziehung des kurzen Teilstücks der B17 reduziert wird, so dass die B300 aus westlicher Richtung bis zur B17 befahrbar und damit dem Universitätsklinikum eine weitere Zufahrt zur B17 nach Norden und Süden über die dortige Anschlussstellen offen bliebe. Die Stellungnahmen selbst sprechen insofern nur davon, dass es zu einer nicht näher quantifizierten Verlängerung von Anfahrtszeiten kommen „kann“ bzw. „könnte“ und sind dabei nicht hinreichend substantiiert.

52

- (5) Das Gericht verkennt dabei nicht, dass die Inanspruchnahme der B17 auch auf diesem Teilstück Beeinträchtigungen der Leichtigkeit des Straßenverkehrs im Stadtgebiet der Antragsgegnerin, insbesondere durch entsprechende Umleitungen und in Anbetracht der endenden Pfingstferien, verursacht wird. Auch berechtigt die Versammlungsfreiheit als solche nicht ohne weiteres dazu, die von den Teilnehmern gewollte „Verkehrswende“ ohne Rücksicht auf die Rechte Einzelner oder öffentliche Interessen gleichsam auf eigene Faust durchzusetzen. Solange die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraums durch diese Art der Versammlung in Dauer und Frequenz überschaubar, d.h. insbesondere auf einen relativ kurzen Zeitraum von ca. 30 Minuten begrenzt bleibt, sind die damit einhergehenden Beeinträchtigungen im Hinblick auf den hohen Wert der Versammlungsfreiheit einerseits und die Bedeutung des Versammlungsthemas für die öffentliche Meinungsbildung andererseits in einer demokratischen Gesellschaft jedoch noch hinzunehmen (BayVGh, B.v. 13.11.2020 – 10 CS 20.2655 – juris).

Rn. 27). Vorliegend ist auch zu berücksichtigen, dass an diesem Wochenende dezentral bundesweit organisierte Veranstaltungen zum Thema Verkehrswende und Klimaschutz („Aktionstag der Verkehrswende“, „Aktionstag für die Mobilitätswende“, „Internationaler Tag der Umwelt“ am 5. Juni 2021) stattfinden und die Versammlung des Antragstellers daher wegen des spezifischen Bezugs zu diesem besonderen Datum absoluten Ausnahmecharakter hat. Bei einem Fahrradkorso mit rund 200 Teilnehmern und einer Länge von etwa 700 bis 1.000 m ist zur Überzeugung des Gerichts für die Befahrung des kurzen Teilstücks der B17 von etwa 1.100 m Länge auch eine Zeit von weniger als 30 Minuten ausreichend. Selbst die Antragsgegnerin sieht dafür eine Zeitspanne von lediglich 10 Minuten vor. Etwaige Vor- und Nachlaufzeiten zur Sperrung bzw. Aufhebung der Sperrung fallen dabei im Lichte des Art. 8 Abs. 1 GG nicht so erheblich ins Gewicht, dass danach eine Gefährdung wichtiger Rechtsgüter zu erwarten ist. Zudem wäre bei der von der Antragsgegnerin angeführten Zeitdauer von 40 Minuten alleine für die Sperrung eines Abschnitts der B17 eine Demonstration auf einer Bundesstraße nach ihrem Rechtsverständnis faktisch generell ausgeschlossen. Im Lichte des Art. 8 Abs. 1 GG ist aber auch eine Bundesstraße wie dargestellt nicht generell ein „versammlungsfreier Raum“. Die Antragsgegnerin trägt selbst vor, dass die Inanspruchnahme des Straßenraums auf der B17 für die Durchführung der Versammlung lediglich 10 Minuten dauere. Welchen konkreten Vor- und Nachlauf die Antragsgegnerin benötigt, fällt grundsätzlich in deren Macht- und Risikobereich und kann nicht maßgeblich zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit entscheidend sein. Das Gericht kann jedenfalls nicht erkennen, dass eine Inanspruchnahme der B17 durch die Versammlungsteilnehmer bei dieser Veranstaltung mit absolutem Ausnahmeharakter und bundesweitem Bezug über einen geringfügigen Zeitraum von nur 10 Minuten unverhältnismäßig wäre. Das Staatliche Bauamt hat in seiner Stellungnahme vom 27. Mai 2021 ausgeführt, dass es bei der kürzeren von dem Antragsteller angemeldeten Alternativroute bei einer Nutzung eines Teilstücks der B17 mit einer Länge von ca. 5 km zu einer Sperrung von ein bis zwei Stunden kommen müsse. Dabei

einberechnet waren Zwischenkündgebungen auf der B17. Die Gegnerin untersagt (Ziffer 2.1. der Antragsteller bzw. die Verwerden. Der Antragsteller hat gefahren noch im Wege derzunehmen, dass bei der Nutzung von ca. 1.100 m eine deutlich



einberechnet waren Zwischenstopps für zunächst angemeldete Zwischenkundgebungen auf der B17. Diese Zwischenkundgebungen hat die Antragsgegnerin untersagt (Ziffer 2.1.2 des Bescheids). Es ist nicht ersichtlich, dass der Antragsteller bzw. die Versammlungsteilnehmer sich daran nicht halten werden. Der Antragsteller hat diese Ziffer des Bescheids auch weder im Klageverfahren noch im Wege des Eilrechtsschutzes angegriffen. Daher ist anzunehmen, dass bei der Nutzung eines Teilstücks der B17 mit einer Länge von ca. 1.100 m eine deutlich kürzere Beeinträchtigung der Bundesstraße ausreichend sein wird, die sich unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls im Rahmen des noch zumutbaren bewegt, selbst wenn dafür eine Sperrung von über 30 Minuten erforderlich sein sollte.

Dabei geht das Gericht davon aus, dass der Antragsteller Sorge dafür tragen wird, dass die B17 von den Versammlungsteilnehmern zügig befahren und ohne vermeidbaren Zeitverzug wieder verlassen wird, um die Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer und Auswirkungen auf die Leichtigkeit des Verkehrs so gering wie möglich zu halten.

(6) Die Sperrung der B17 auf dem o.g. Teilstück ist der Antragsgegnerin nach den eingeholten Stellungnahmen auch möglich. Die zuständige Straßenmeisterei hat ausweislich der Stellungnahme des Staatlichen Bauamtes vom 27. Mai 2021 die Kapazitäten zur Sperrung und Absicherung von zwei Anschlussstellen auf der B17.

3. Die Kostenentscheidung beruht auf § 155 Abs. 1 VwGO. Das Gericht hat dabei den jeweiligen Grad des Obsiegens bzw. Unterliegens der Beteiligten berücksichtigt.

4. Die Streitwertfestsetzung ergibt sich aus § 53 Abs. 2 Nr. 2 und § 52 Abs. 2 GKG. Da die Entscheidung die Hauptsache im Wesentlichen vorwegnimmt, sieht das Gericht keinen Anlass, den Streitwert gemäß Nr. 1.5 des Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu mindern (BayVG, B.v. 26.3.2021 — juris Rn. 31).

**Rechtsmittelbelehrung:**

1) Gegen diesen Beschluss steht den Beteiligten die Beschwerde an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu. Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg, Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg, oder Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, einzulegen. Die Frist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof,

Hausanschrift in München: Ludwigstraße 23, 80539 München, oder Postfachanschrift in München: Postfach 34 01 48, 80098 München,

Hausanschrift in Ansbach: Montgelasplatz 1, 91522 Ansbach, eingeht.

Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung zu begründen. Die Begründung ist, sofern sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt worden ist, beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist, und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinandersetzen. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, ist die Beschwerde als unzulässig zu verwerfen.

Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof müssen sich die Beteiligten, außer in Prozesskostenhilfeverfahren, durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingeleitet wird, d.h. insbesondere bereits für die Einlegung des Rechtsmittels beim Verwaltungsgericht. Als Bevollmächtigte sind die in § 67 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 VwGO bezeichneten Personen und Organisationen zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich auch durch die in § 67 Abs. 4 Satz 4 VwGO genannten Personen vertreten lassen.

Der Beschwerdeschrift sollen 4 Abschriften beigelegt werden.

**Hinweis für besond.**

Sollten Sie erwägen, gegen diesen Beschluss eine Beschwerde zu legen, so ist die Beschwerde rechtzeitig mit dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu legen.



ie Beschwerde an den Bayerischen  
t innerhalb von zwei Wochen nach

ung:

S 21.1265

- 21 -

Hinweis für besonders eilbedürftige Verfahren:

Sollten Sie erwägen, gegen diesen Beschluss Beschwerde einzulegen, wird zur Gewährleistung einer zeitnahen Beschwerdeentscheidung dringend empfohlen, unverzüglich mit dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof telefonisch Kontakt aufzunehmen.

- 2) Gegen die Festsetzung des Streitwerts steht den Beteiligten die Beschwerde an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200,-- EUR übersteigt oder die Beschwerde zugelassen worden ist.

Die Beschwerde ist innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, beim Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg,

Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg, oder

Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg.

einzulegen; § 129a der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. Der Mitwirkung eines Bevollmächtigten bedarf es hierzu nicht.

Der Beschwerdeschrift sollen 4 Abschriften beigelegt werden.

Die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift wird amtlich beglaubigt.

Augsburg, 4. Juni 2021

Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt  
-ohne Unterschrift gültig-



Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg	
Eingang	02. Juni 2021
Abdrucke d. Schreibens	
Anlagen:	



**Stadt Augsburg**  
**Referat für**  
**Bürgerangelegenheiten,**  
**Ordnung, Personal,**  
**Digitalisierung und**  
**Organisation**

Stadt Augsburg – Referat 7, 86143 Augsburg

Vorab per Fax an: 0821/327-3149  
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43  
86048 Augsburg

Rathausplatz 1  
86150 Augsburg

Telefon +49 (0)821 324-3320  
Telefax +49 (0)821 324-3305  
tm.fischer@augsbu.de  
www.augsbu.de

Ihre Zeichen: Au 8 S 21.1265  
Unsere Zeichen: 007/TF/BUA/Mal. Alexander

02.06.2021

Unsere Zeichen und Datum bei Antwort bitte angeben.  
Bitte beachten: E-Mails haben keine Rechtsverbindlichkeit.  
Hinweise zur E-Mail-Nutzung unter [www.augsbu.de](http://www.augsbu.de)

**EILT SEHRI BITTE SOFORT VORLEGEN!**

Az.: Au 8 S 21.1265

Verwaltungsstreitsache  
gegen Stadt Augsburg  
wegen Vollzug des Versammlungsgesetzes  
hier: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO

beantragt die Stadt Augsburg:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.



Begründung:

I.  
In sachlicher Hinsicht wird zur Vermeidung von Wiederholungen vollumfänglich auf den Inhalt des Bescheids vom 31.05.2021 verwiesen.

II.  
Der Antrag ist unbegründet.

Zur Begründung wird aufgrund der Ellbedürftigkeit überwiegend auf die ausführliche Begründung des streitgegenständlichen Bescheids hingewiesen.

Auf folgende Punkte wird jedoch besonderes Augenmerk gelegt:

Der Antragsteller richtet sich ausdrücklich nur gegen die Ziffer 2.1.1. des streitgegenständlichen Bescheids. Diese Beschränkung der Versammlung ist notwendig und wurde gemäß Art. 15 Abs. 1 BayVersG angeordnet, weil nach den zur Zeit des Erlasses des Bescheids erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei der Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist. Zur öffentlichen Sicherheit zählt auch die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs. Ebenso besteht eine Gefahr für die schützenswerten Güter Leben und Gesundheit, da in Notfällen die Sperrung der Straßen sowie der dadurch entstehende Umleitungsverkehr einen erheblichen Zeitverlust darstellen.

Ein Teilstück der angezeigten Versammlungsstrecke soll über die B17 und BAB 8 führen. Beide Straßen sind Bundesfernstraßen im Sinne des § 1 Abs. 1 und 2 FStrG.

Auf Autobahnen ist ein kommunikativer Verkehr nicht eröffnet und deshalb haben Versammlungen an diesen Örtlichkeiten nicht ihren natürlichen Platz (vgl. Dietel/Gintzel/Kniessel: Versammlungsgesetze, S. 40 Rn. 146; VGH Kassel, NJW 2009, 312 ff.).

Gleiches muss auch für die im Stadtgebiet Augsburg autobahnähnlich ausgebauten B17 gelten. Denn im Vergleich zur üblichen Gestaltung von Bundesstraßen handelt es sich hier um eine vierspurige und vergleichbar einer Autobahn funktionierende Fernstraße, die auch aufgrund ihrer baulichen Ausstattung und ihrer Bedeutung für den Verkehr mit einer Bundesautobahn vergleichbar ist. Die Zulässigkeit der Nutzung einer Bundesfernstraße zum Zwecke einer Versammlung ist jedoch allenfalls in Ausnahmefällen zulässig, da solche Straßen nach ihrer Zwecksetzung vorwiegend zu Verkehrszwecken zur Verfügung stehen und nicht in gleichem Maße wie etwa innerörtliche Straßen und Plätze für eine kommunikative Anliegen verfolgende Versammlung offenstehen. Die Verkehrsbelange einer Bundesfernstraße genießen aufgrund der Widmung der Straße und ihrer konkreten Verkehrsbedeutung grundsätzlich Vorrang vor Versammlungsinteressen (vgl. VG München, Beschluss vom 22.06.2016 – M 7 S 16.2621).

2/4

Servicereifen:  
Mo-Mi 07:30–16:30 Uhr  
Do 07:30–17:30 Uhr  
Fr 07:30–12:00 Uhr  
Individuelle Servicereifen  
nach Terminvereinbarung

Telefonzentrale: 0821 324-0  
E-Mail: augsburg@augzburg.de  
Internet: augsburg.de

Tram: Linien 1 und 2  
Haltestelle Rathausplatz

Bankverbindungen:  
Sparkasse Augsburg  
IBAN: DE35 7205 0000 0000 0400 06  
BIC: AUGSDE33XXX

[illegible][illegible]



Das Selbstbestimmungsrecht des Versammlungsveranstalters umfasst nicht die Entscheidung, welche Beeinträchtigungen die Träger kollidierender Rechtsgüter hinzunehmen haben (vgl. *BVerfG, Beschluss vom 24.10.2001 – 1 BvR 1190/90*). Das Vorbringen des Antragstellers, dass die BAB 8 und die B17 befahren werden müssten, da nur so das Anliegen der Versammlung erstzunehmend noch kommuniziert werden kann, belegt, dass der Zweck der Versammlung u.a. darin liegt, durch eine zeitweise Unterbindung des Verkehrs öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Aufgrund der oben genannten Punkte kommt die Versammlung auf BAB 8 und B17 einer bewussten Blockade gleich und wäre somit keine Form der Meinungsäußerung mehr, sondern lediglich ein Druckmittel zur Erreichung eines politischen Ziels, was jedoch vom Grundrecht der Versammlungsfreiheit nicht gedeckt ist.

### III.

Aufgrund der obigen Ausführungen ist der Antrag deshalb abzulehnen und dem Antragsteller sind die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen:

#### Anlagen:

- Abdruck dieses Schriftsatzes
- Akte im Original (liegt bereits vor)

**A** Stadt Augsburg  
Referat für  
Bürgerangelegenheiten,  
Ordnung, Personal,  
Digitalisierung und  
Organisation

Stadt Augsburg – Referat 7, 86143 Augsburg

Vorab per Fax an: 0821/327-3149  
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43  
86048 Augsburg

Rathausplatz 1  
86150 Augsburg

Telefon +49 (0)821 324-3320  
Telefax +49 (0)821 324-3305  
tim.fischer@augsbu.de  
www.augsbu.de

Ihre Zeichen: Au S 21.1285  
Unsere Zeichen: 007/ITF/BGA/Mai, Alexander

04.06.2021

Unsere Zeichen und Datum bei Antwort bitte angeben.  
Bitte beachten: E-Mails haben keine Rechtsverbindlichkeit.  
Hinweise zur E-Mail-Nutzung unter [www.augsbu.de](http://www.augsbu.de)

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg	
Eingang	04. Juni 2021
..... Abdrucke d. Schreibens	
Anlagen: .....	

**EILT SEHR! BITTE SOFORT VORLEGEN!**

Az.: Au S 21.1285

Verwaltungsstreit

gegen Stadt Augsburg  
wegen Vollzug des Versammlungsgesetzes  
hier: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO

ergänzen wir unsere Antragsanforderung vom 02.06.2021 um eine Stellungnahme der Verkehrspolizeiinspektion Augsburg vom heutigen Tage sowie die Stellungnahme der Ordnungsbehörde dazu. Aus den Stellungnahmen geht hervor, dass selbst die Nutzung nur eines Teilstücks der B17 zwischen zwei Anschlussstellen eine Sperrzeit von ca. 100 Minuten bedarf. Die Sperrzeit übersteigt damit deutlich die im Beschluss des BayVGH vom 13.11.2020 – 10 CS 20.2655 genannte 30minütige Sperrung. Aufgrund dieser Tatsache und der im Vergleich zur Region Nürnberg deutlich anderen Verkehrs- und Straßensituation im Stadtgebiet Augsburg, gehen wir nicht von einer Übertragbarkeit der im oben genannten Beschluss des VGH getroffenen Entscheidung auf diese Verwaltungsstreitsache aus.

Anlagen:

- Stellungnahmen der Verkehrspolizeiinspektion Augsburg und der Ordnungsbehörde vom 04.06.2021

1/1

Servicezeiten:  
Mo-Mi 07:30–18:00 Uhr  
Do 07:30–17:30 Uhr  
Fr 07:30–12:00 Uhr  
Individuelle Servicezeiten  
nach Terminvereinbarung

Telefonzentral: 0821 324-0  
E-Mail: [augsbu@augsbu.de](mailto:augsbu@augsbu.de)  
Internet: [augsbu.de](http://augsbu.de)

Tram: Linien 1 und 2  
Haltestelle Rathausplatz

Bankverbindungen:  
Stadtsparkasse Augsburg  
IBAN: DE35 7205 0000 0000 0400 06  
BIC: AUGSDE77XXX



04/06/2021 10:24 +49 821 324 3305  
Referat 7 +49 821 324 3305 >> +49 821 327 3149

P.002  
P 2/10

er Tim

Von: Ordnungsbehörde Versammlungsrecht - Stadt Augsburg  
Gesendet: Freitag, 4. Juni 2021 09:54  
An: [REDACTED]  
Cc: [REDACTED]  
Betreff: WG: Versammlung Klimacamp Augsburg, IV am 06.06.2021 in Augsburg im Stadtgebiet Augsburg und Gersthofen über die B17 und BAB 8

[REDACTED]  
anbei die Stellungnahme der VPI.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

Stadt Augsburg  
Bürgeramt - Ordnungsbehörde  
An der Blauen Kappe 18  
86152 Augsburg

Tel.: +49 (0) 821 3 24 - 42 07  
Fax: +49 (0) 821 3 24 - 42 02  
E-Mail Abteilung: [ordnungsbehoerde@augzburg.de](mailto:ordnungsbehoerde@augzburg.de)  
E-Mail Sachbearbeiter: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@augzburg.de](mailto:[REDACTED]@augzburg.de)>  
Internet: [www.augszburg.de](http://www.augszburg.de)

[REDACTED] <[\[REDACTED\]@polizei.bayern.de](mailto:[REDACTED]@polizei.bayern.de)>  
Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 4. Juni 2021 09:49  
An: Ordnungsbehörde Versammlungsrecht - Stadt Augsburg <[versammlungsrecht@augzburg.de](mailto:versammlungsrecht@augzburg.de)>; Augsburg PI Mitte  
Cc: Tiefbauamt - Strassenverkehr - Stadt Augsburg <[strassenverkehr.tiefbauamt@augzburg.de](mailto:strassenverkehr.tiefbauamt@augzburg.de)>; Augsburg PI Mitte  
OuS <[pp-swn.augszburg.pi-mitte.ous@polizei.bayern.de](mailto:pp-swn.augszburg.pi-mitte.ous@polizei.bayern.de)>; PP SWN SG E2 <[pp-swn.pp.e2@polizei.bayern.de](mailto:pp-swn.pp.e2@polizei.bayern.de)>  
Betreff: WG: Versammlung Klimacamp Augsburg, IV am 06.06.2021 in Augsburg im Stadtgebiet Augsburg und Gersthofen über die B17 und BAB 8

Stellungnahme zur möglichen Befahrung eines Streckenabschnitts auf der B 17 durch Radfahrer im Rahmen einer Fahrraddemonstration zwischen zwei Anschlussstellen;  
es wird als mögliche Variante das Befahren der B17 von der Eichleitnerstraße bis zur Gabelsbergerstraße ( Länge: 1 km) für die Berechnung herangezogen;

[REDACTED]  
bei einer Sperrung eines Teilabschnitts der B17, d.h. vom Auffahren des Fahrradkorsos auf die B17 bis zur Abfahrt an der nächsten Ausfahrt mit Vor- und Nachlauf, muss nach Rücksprache mit Herrn Bigelmeier vom staatlichen Bauamt Augsburg (Straßenmeisterei Gersthofen) zeitlich in etwa folgender Ansatz herangezogen werden:

Bürgeramt - Ordnungsbehörde

04.06.2021

Tel.: 4207

Bayer, Verwaltungsgericht  
Augsburg

Eingang 04. Juni 2021

Abdruck d. Schnellentscheidungs

An das Referat

Stellungnahme zu den zu erwartenden zeitlichen Verkehrsbeeinträchtigungen durch die angezeigte Fahrraddemonstration des Klimacamps Augsburg am 06.06.2021

Anlage: 1 Stellungnahme der Verkehrspolizei Augsburg vom 07.09.2020

Am 02.06.2021 erhob der Veranstalter Klimacamp Augsburg, vertreten durch den Versammlungsleiter H. (im Folgenden „VL“), gegen den Bescheid der Stadt Augsburg vom 31.05.2021, Az. 0003-Ko-VersG-21/119, Klage beim Verwaltungsgericht Augsburg und beantragte zugleich die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung. Ferner zeigte sich der VL dahingehend kompromissbereit, dass er der Verlegung des Start- und Endortes der Demonstration zugestimmt und auch auf ein Befahren der BAB8 verzichtet würde. Indiskutabel sei für den VL jedoch der mögliche Verzicht auf ein Befahren der B17.

Erstmals wurde gegenüber der Stadt Augsburg eine vergleichbare Versammlung eines anderen Veranstalters für den September 2020 angezeigt. Gegenstand der Versamlungsanzeige war damals mitunter der Streckenabschnitt der B17 von der Eichleitnerstraße zur Gabelsbergerstraße.

Im Detail wurde folgender Streckenverlauf vom Veranstalter für die Durchführung einer Fahrraddemonstration begehrt:

Rathausplatz, Karolinenstraße, Obstmarkt, Im Thale, Beim Hafnerberg, Heilig-Kreuz-Straße, Klinkerterstraße, An der Blauen Kappe, Am Katzenstadel, Wertachbrucker-Tor-Straße, Heinrich-von-Buz-Straße, Sebastianstraße, Georg-Haindl-Straße, Müllerstraße, Unterer Graben, Mittlerer Graben, Oberer Graben, Am Vogelstor, Forsterstraße, Schwibbogenplatz, Remboldstraße, Rote-Tonwall-Straße, Haunstetter Straße, Schertlinstraße, Eichleitnerstraße, Oberbürgermeister-Müller-Ring (B17), Gabelsbergerstraße, Stadionstraße, Porzheimstraße, Holzbachstraße, Rosenaustraße, Holzbachstraße, Badstraße, Klinkerberg, Schaezlerstraße, Am Alten Einlaß, Grottenau Ludwigstraße, Karlstraße, Karolinenstraße, Rathausplatz

Bereits damals wurden verschiedene Fachstellen beteiligt, so auch die Verkehrspolizeiinspektion Augsburg. Diese äußerte sich hinsichtlich der erforderlichen verkehrlichen Maßnahmen auszugsweise wie folgt:

- Komplette Sperrung der Fahrbahn für den Kfz-Verkehr zwischen Eichleitnerstraße und Gabelsbergerstraße in Fahrtrichtung Norden
  - Ausleitung des Verkehrs an der Friedrich-Ebert-Straße (hier nur in Richtung der Haunstetter Straße möglich)
  - Geschwindigkeitsreduzierung auf 60 km/h mit Einrichtung eines Geschwindigkeitsstrichters (Verkehrsbeflussungsanlage)



- 2 -

- > Ankündigung der Spurreduzierung und Ausleitung; Umleitungsbeschilderung durch das Stadtgebiet
- Komplette Sperrung der Gegenfahrbahn für den Kfz-Verkehr in Fahrtrichtung Süden zwischen Gabelsbergerstraße und Eichleitnerstraße
  - > Maßnahmen analog Sperrung in Fahrtrichtung Norden mit Ausleitung an der Ausfahrt Leitershofer Straße und Umleitungsbeschilderung

Mit Vor- und Nachlauf der Sperremaßnahmen sei bei oben angezeigtem Streckenverlauf von einer Dauer der Beeinträchtigung von ca. drei Stunden zu rechnen gewesen. Dies begründete die VPI gegenüber der Ordnungsbehörde auf Nachfrage dahingehend, dass die aufgeführten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit bereits mit Versammlungsbeginn vollständig aktiviert werden müssen.

In der Rechtsprechung wird jedoch bereits eine Einschränkung von mehr als 30 Minuten (Hessischer VGH, 14.06.2013 – 2 B 1359/13) als unzumutbare Zeitspanne für die Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer angesehen.

Eine Überschreitung dieses zeitlichen Umfangs ist jedoch auf Streckenabschnitten der B17 regelmäßig zu erwarten. Mit Eröffnung der Versammlung beginnt der VL unter Hilfe seiner Ordner mit der Aufstellung des Demonstrationszuges. Bedingt durch das Mitführen von Fahrrädern erstreckt sich der Demonstrationszug allein bei der Aufstellung über eine Strecke von ca. 700 Metern, was ein hohes Maß an Organisation, Kommunikation und letztlich auch Zeit bedarf. Der Veranstalter gibt in seiner Anzeige als Zeitspanne zwischen Beginn und Abfahrt 15 Minuten an, gemäß polizeilicher Einschätzung scheinen gerade durch die erforderliche Einweisung der Ordner 30 Minuten als realistisch. Selbst wenn man zugunsten des Veranstalters von einem hohen Maß an organisatorischem Talent und reibungsloser Kommunikation ausgeht, kann eine Abfahrt somit nur unwesentlich früher als 30 Minuten nach Versammlungsbeginn erfolgen. Zu Beginn der Abfahrt sind wie bereits ausgeführt die Sperrungen im Bereich der Bundesstraße jedoch seit ca. 30 Minuten aktiviert. In dieser Zeitspanne ist der unbeteiligte Individualverkehr bereits erheblich beeinträchtigt.

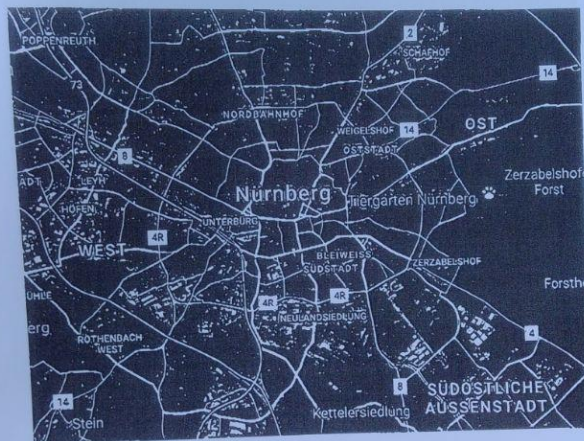
Eine Fahrraddemonstration bewegt sich durchschnittlich mit 10 km/h. Folglich verstreichen mit Start in der Innenstadt weitere 20 bis 30 Minuten, bis das betroffene Stück auf der Bundesstraße letztendlich erreicht wird. Erst dann kann das Teilstück befahren werden. Bei einem sich fortbewegenden Fahrradkonvoi werden betreffend dessen Gesamtlänge durch die Einsatzkräfte regelmäßig Wellenbewegungen und Ziehharmonika-Effekte festgestellt, was sich unter anderem durch den unterschiedlichen Fitnesszustand der Teilnehmer, deren Alter oder deren Erfahrungen mit dem Verkehrsmittel Fahrrad begründen lässt. Auf die bei der Aufstellung formierte Gesamtlänge von 700 Metern kann gemäß entstandener Beobachtungen der Faktor 1,5 angewandt werden, sodass phasenweise eine Gesamtlänge von über einem Kilometer anzunehmen ist. Wenn das zeitliche Maß des Befahrens der Bundesstraße hier erneut zugunsten des Veranstalters veranschlagt wird, so ist dennoch von zehn bis 15 Minuten auszugehen, die sich der Demonstrationszug auf dem tatsächlichen Abschnitt der B17 befindet. Bei Verlassen der Bundesstraße liegt der Versammlungsbeginn – unter Wahrung eines Pufferums sicherzustellen, dass sich keine Versammlungsteilnehmer mehr auf der Bundesstraße befinden – somit deutlich länger als 60 Minuten zurück, was die dadurch entstehenden Beeinträchtigungen für Dritte als nicht mehr als verhältnismäßig erscheinen lässt.

Die Auffassung, dass eine Beeinträchtigung Dritter eine Zeitspanne von 30 Minuten nicht überschreiten darf, teilt im Übrigen auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Beschluss vom 13.11.2020 in der Streitsache 10 CS 20.2655. Solange die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraums durch diese Art der Versammlung in Dauer und Frequenz überschaubar, d. h. insbesondere auf einen relativ kurzen Zeitraum von ca. 30 Minuten begrenzt bleibt, sind die damit einhergehenden Beeinträchtigungen im Hinblick auf den hohen Wert der Versammlungsfreiheit einerseits und die Bedeutung des Versammlungsthemas für

- 3 -

die öffentliche Meinungsbildung andererseits in einer demokratischen Gesellschaft jedoch noch hinzunehmen.

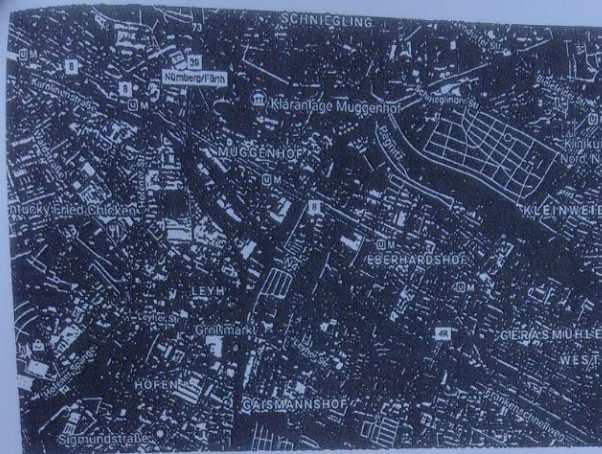
Streitgegenstand war in diesem Fall der Frankenschnellweg in Nürnberg, welchen der VGH dem dortigen Veranstalter als Streckenabschnitt gewährte. Ergänzend zu obigen Ausführungen, dass die zumutbare Zeitspanne von 30 Minuten jedoch deutlich überschritten würde, ist an dieser Stelle anzubringen, dass im Bereich des Straßenverkehrsnetzes in der Stadt Nürnberg entscheidend andere Voraussetzungen als im Stadtgebiet Augsburg vorzufinden sind.



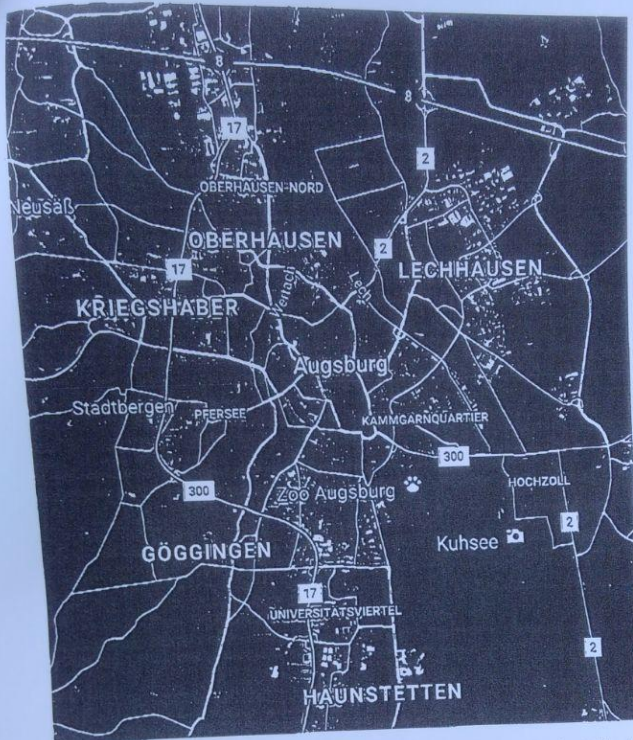
Wie obiges Luftbild deutlich erkennen lässt, wird der Verkehr in die Stadt Nürnberg bereits durch die vier Bundesstraßen B2, B4, B8 und B14 Verkehr aus allen Himmelsrichtungen zugeleitet, welche zudem um den Innenstadtkern in den Ring 4R münden. Einer Umleitung des Verkehrs sind hier folglich allein aufgrund der dortigen Gegebenheiten bereits zahlreiche alternative Möglichkeiten einer großräumigen Umfahrung mit überschaubarem Zeitverlust eröffnet. Der Frankenschnellweg, welcher dem Veranstalter zugestanden wurde, quert den Ring 4R in dessen Innerem.



- 4 -



Außerhalb des Rings 4R verläuft wie aus diesem Luftbild hervorgeht parallel zum Frankenschnellweg die Bundesstraße B8, welche als zweispurige Bundesstraße die Funktion einer adäquaten Ausweichstrecke ausreichend erfüllt. Folglich ist der Frankenschnellweg lediglich als ein Element des gesamten Nürnberger Verkehrsnetzes mit integrierter Ringführung zu qualifizieren und eine zeitweise Sperrung samt Ausleitung auf großräumige, geeignete Bundesfernstraßen faktisch zu jeder Zeit gegeben.



In Augsburg ist derweil kein vergleichbares Straßennetz mit Ringführung ausgebaut. Wie das Luftbild deutlich darstellt, handelt es sich bei der B17 im Stadtgebiet Augsburg um die einzige Nord-Süd-Verbindung, welche im Norden in die BAB6 mündet und im Süden als Hauptverbindung zu den Städten Königsbrunn und Landsberg am Lech sowie ins Alpenvorland fungiert. Ferner verläuft sie überwiegend zwischen der Grenze von Stadtgebiet und Landkreis, um zu einer Entlastung des innerstädtischen Verkehrs zu führen. Eine Umfahrungs- bzw. Ausweichstrecke, wie sie im Falle des Frankenschnellwegs durch eine zweispurige Bundesstraße gegeben ist, ist im vorliegenden Fall jedoch nicht angezeigt. Es ist in der Tat viel mehr zu erwarten, dass der ausgeleitete Nord-Süd-Verkehr auf den notbedingten Umfahrungsstecken, wie es regelmäßig bei Verkehrsunfällen zu beobachten ist, vollständig zum Erliegen kommt. Die Ausleitung und Umfahrung der B17 erfolgt aus beiden Fahrrichtungen direkt durch die anreihenden Stadtteile, die Innenstadt und den Landkreis, welche für die zu erwartende massive Verkehrsbelastung grundsätzlich nicht konzipiert sind. Auch diese Feststellungen



04/05/2021 10:24 +49 821 324 3305

Referat 7 +49 821 324 3305 >> +49 821 327 3149

P.010

P 10/10

- 6 -

entsprechen den regelmäßigen Beobachtungen in Zusammenhang mit unfallbedingten Verkehrsausleitungen.

Des Weiteren ist anzubringen, dass die auf dem Luftbild ersichtlichen Bundesstraßen B2 und B300 nicht als adäquate Ausweichstrecken zu qualifizieren sind. Grund hierfür ist, dass der B17 in Augsburg als Nord-Süd-Achse eine autobahnähnliche Bedeutung zukommt. Eine Entlastung des umgeleiteten Verkehrs ist weder durch die B300 noch durch die B2 gegeben. Die somit entstehenden Beeinträchtigungen von mindestens 60 bis 75 Minuten widersprechen somit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.



Verwaltungsamt - Ordnungsbehörde

Tel.: 4207

04.06.2021

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg	
Eingang	04. Juni 2021
Abdrucke d. Schreibens	
Anlagen:	

An das Referat 7, [REDACTED]

**Stellungnahme zu den zu erwartenden zeitlichen Verkehrsbeeinträchtigungen durch die angezeigte Fahrraddemonstration des Klimacamps Augsburg am 06.06.2021**

Anlage: 1 Stellungnahme der Verkehrspolizei Augsburg vom 07.09.2020

Am 02.06.2021 erhob der Veranstalter Klimacamp Augsburg, vertreten durch den Versammlungsleiter Herrn [REDACTED] (im Folgenden „VL“), gegen den Bescheid der Stadt Augsburg vom 31.05.2021, Az. 330-3-Ko-VersG-21/119, Klage beim Verwaltungsgericht Augsburg und beantragte zugleich die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung. Ferner zeigte sich der VL dahingehend kompromissbereit, dass er der Verlegung des Start- und Endortes des Demonstrationszuges auf das Plärrgerlände zustimme und auch auf ein Befahren der BAB8 verzichten würde. Indiskutabel sei für den VL jedoch der mögliche Verzicht auf ein Befahren der B17.

Erstmals wurde gegenüber der Stadt Augsburg eine vergleichbare Versammlung eines anderen Veranstalters für den September 2020 angezeigt. Gegenstand der Versamlungsanzeige war damals mitunter der Streckenabschnitt der B17 von der Eichleitnerstraße zur Gabelsbergerstraße.

Im Detail wurde folgender Streckenverlauf vom Veranstalter für die Durchführung einer Fahrraddemonstration begehrt:

Rathausplatz, Karolinenstraße, Obstmarkt, Im Thäle, Beim Hafnerberg, Heilig-Kreuz-Straße, Klinkertorstraße, An der Blauen Kappe, Am Katzenstadel, Wertachbrucker-Tor-Straße, Heinrich-von-Buz-Straße, Sebastianstraße, Georg-Haindl-Straße, Müllerstraße, Unterer Graben, Mittlerer Graben, Oberer Graben, Am Vogeltor, Forsterstraße, Schwebbogenplatz, Remboldstraße, Rote-Torwall-Straße, Haunstetter Straße, Schertlinstraße, Eichleitnerstraße, Oberbürgermeister-Müller-Ring (B17), Gabelsbergerstraße, Stadionstraße, Perzheimstraße, Holzbachstraße, Rosenaustraße, Holzbachstraße, Badstraße, Klinkerberg, Schaezlerstraße, Am Alten Einlaß, Grottenau Ludwigstraße, Karistraße, Karolinenstraße, Rathausplatz

Bereits damals wurden verschiedene Fachstellen beteiligt, so auch die Verkehrspolizeiinspektion Augsburg. Diese äußerte sich hinsichtlich der erforderlichen verkehrlichen Maßnahmen auszugsweise wie folgt:

- Komplette Sperrung der Fahrbahn für den Kfz-Verkehr zwischen Eichleitnerstraße und Gabelsbergerstraße in Fahrtrichtung Norden
  - Ausleitung des Verkehrs an der Friedrich-Ebert-Straße (hier nur in Richtung der Haunstetter Straße möglich)
  - Geschwindigkeitsreduzierung auf 60 km/h mit Einrichtung eines Geschwindigkeitstrichters (Verkehrsbeflussungsanlage)



04/06/2021

10:22

+49 821 324 3305

Referat 7 +49 821 324 3305 >> +49 821 327 3149

P.006

P 6/9

- 2 -

- > Ankündigung der Spurreduzierung und Ausleitung; Umleitungsbeschilderung durch das Stadtgebiet
- Komplette Sperrung der Gegenfahrbahn für den Kfz-Verkehr in Fahrtrichtung Süden zwischen Gabelsbergerstraße und Eichleinerstraße
  - > Maßnahmen analog Sperrung in Fahrtrichtung Norden mit Ausleitung an der Ausfahrt Leitershofer Straße und Umleitungsbeschilderung

Mit Vor- und Nachlauf der Sperrmaßnahmen sei bei oben angezeigtem Streckenverlauf von einer Dauer der Beeinträchtigung von ca. drei Stunden zu rechnen gewesen. Dies begründete die VPI gegenüber der Ordnungsbehörde auf Nachfrage dahingehend, dass die aufgeführten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit bereits mit Versammlungsbeginn vollständig aktiviert werden müssen.

In der Rechtsprechung wird jedoch bereits eine Einschränkung von mehr als 30 Minuten (Hessischer VGH, 14.06.2013 – 2 B 1359/13) als unzumutbare Zeitspanne für die Beeinträchtigung anderer Verkehrsteilnehmer angesehen.

Eine Überschreitung dieses zeitlichen Umfangs ist jedoch auf Streckenabschnitten der B17 regelmäßig zu erwarten. Mit Eröffnung der Versammlung beginnt der VL unter Hilfe seiner Ordner mit der Aufstellung des Demonstrationszuges. Bedingt durch das Mitführen von Fahr-  
zeugen besteht ein erhöhtes Unfallrisiko, das bei der Aufstellung des Demonstrationszuges zu erwarten ist.

sowohl die Versammlung als solche als auch die gewählte Route in besonderer Weise schutzwürdig. Die von der Antragsgegnerin vorgesehene Alternativroute mit einer bloßen Querung der B17 über entsprechende Brücken würde dem kommunikativen Anliegen der Versammlung gerade nicht in vergleichbarer Weise Rechnung tragen, da wesentliche Bezugsobjekte – überörtliche Straßen – gänzlich außen vor blieben, obgleich diese ein zentrales Thema der Versammlung darstellen.

48

(2) Zwar sind Bundesfernstraßen, auch wenn sie von ihrem eingeschränkten Widmungszweck her anders als andere öffentliche Verkehrsflächen nicht der Kommunikation dienen, sondern ausschließlich dem Fahrzeugverkehr, nicht generell ein "versammlungsfreier Raum" (OVG NRW, B.v. 30.1.2017 – 15 A 296/16 – juris Rn. 17, 19; VGH Hessen, B.v. 9.8.2013 – 2 B 1740/13 – juris). Zu berücksichtigen ist aber, dass jedenfalls Verkehrsinteressen im Rahmen von versammlungsrechtlichen Anforderungen nach § 15 Abs. 1 BayVersG erhebliche Bedeutung beigemessen werden darf. Das Interesse des Veranstalters und der Versammlungsteilnehmer an der ungehinderten Nutzung einer Bundesfernstraße hat je nach Lage der Dinge hinter die Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zurückzutreten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, ob es sich nach § 1 Abs. 3 FStrG um eine nur für den Schnellverkehr von Kraftfahrzeugen bestimmte Bundesautobahn handelt oder (nur) um eine Bundesstraße (OVG NRW, B.v. 30.1.2017 – 15 A 296/16 – juris Rn. 19).

49

Bei der B17 handelt es sich anders als bei der A8 nicht um eine Bundesautobahn gem. § 1 Abs. 2 Nr. 1 FStrG. Bundesautobahnen sind gem. § 1 Abs. 3 FStrG Bundesfernstraßen, die nur für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt und so angelegt sind, dass sie frei von höhengleichen Kreuzungen und für Zu- und Abfahrt mit besonderen Anschlussstellen ausgestattet sind. Zwar ist die B17 autobahnähnlich mit jeweils zwei Richtungsfahrbahnen ausgebaut, befindet sich im Bereich des angezeigten Streckenverlaufs jedoch weitgehend innerhalb des Stadtgebietes mit einem entsprechend angepassten Tempolimit auf 60 bzw. 70 km/h, so dass hiervon bereits grundsätzlich ein geringeres Gefahrenpotenzial ausgeht. Zudem befinden



Sperrung und Ausleitung in beide Fahrtrichtungen durch die Straßenmeisterei (Ankündigung Ausleitung, Geschwindigkeitsreduzierung, Sperrung der Einfahrten, Ausfahrten und der Fahrbahn): ca. 40 Minuten

- Kontrollfahrt durch Begleit-Kraftfahrer in beide Fahrtrichtungen: ca. 5 Minuten
- Befahren der Strecke durch die Demonstrationsteilnehmer (ggfs. Teilnahme durch Kinder): ca. 10 Minuten

=> hier kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Demonstrationsteilnehmer auf dem Teilstück von der B17 verweilen. Aus einer vorangegangenen Versammlung am 28.02.2021, angezeigt vom Klimacamp Augsburg als Radtour vom Rathausplatz Augsburg zu einer Versammlung am Lohwald, ist bekannt, dass sich die Teilnehmer nicht kooperativ zeigten und die Auflagen des Bescheids des Landratsamts Augsburg vom 26.02.2021 trotz eines vorangegangenen Kooperationsgesprächs nicht akzeptierten. Im Anschluss daran beendeten Sie die Versammlung und wollten eine Spontanversammlung anmelden, um gegen die Auflagen des LRA Augsburg zu demonstrieren.

- Kontrollfahrt durch die Begleit-Kräfte in beide Richtungen: ca. 5 Minuten
- Abbau der Sperrungen/Ableitungen durch Straßenmeisterei: ca. 30 Minuten
- Freigabe der Strecke B17
- um einen reibungslosen Ablauf der Demonstration zu gewährleisten ist zusätzlich ein Vorlauf von ca. 10 Minuten erforderlich. Dabei handelte es sich um den Zeitraum von der tatsächlichen Sperrung bis zum rechnerischen Eintreffen des Demonstrationszuges an der Auffahrt zur B17. Bei unvorhergesehenen Verzögerungen während der Demonstration verlängert sich auch automatisch die Sperrung der B17.

=> damit ergibt sich ein zeitlicher Ansatz für die Sperrung der B17 von ca. 100 Minuten

#### Sperrung der B17 durch Polizeikräfte:

Grundsätzlich ist gem. § 44 I StVO die Straßenverkehrsbehörde für verkehrlichen Maßnahmen, wie z.B. Sperrungen, zuständig. Gem. § 44 II StVO kann die Polizei bei Gefahr im Verzug zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung des Straßenverkehrs an Stelle der an sich zuständigen Behörde tätig werden. Gefahr im Verzug bedeutet die dringende Notwendigkeit und Unaufschleppbarkeit von Maßnahmen. Aufgabe der Polizei ist es somit bei Unfällen und sonstigen unvorhersehbaren Verkehrsbehinderungen den Verkehr vorläufig zu sichern und zu regeln.

Die für den 06.06.2021 angezeigte Demonstration ist bekannt und soweit vorher planbar.

Sperrungen anlässlich eines (unvorhergesehenen) Verkehrsunfalls werden durch die Polizei im Rahmen des Ersten Angriffs als Gefahren abwehrende Maßnahmen durchgeführt. Hierbei können nur die zunächst zwingend notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Unfallstelle abzusichern und den Verkehr derart zu lenken, dass weitere Unfälle verhindert werden. Wie die Erfahrungen jedoch zeigen, ereignen sich trotz polizeilicher Maßnahmen nach Verkehrsunfällen oft Folgeunfälle. Die Polizei ist grundsätzlich materiell nicht dafür ausgerüstet, um Sperrungen und Aus-/Umleitungen diesen Ausmaßes verkehrssicher durchzuführen.

Ein Ableiten des Verkehrs in Fahrtrichtung Süden ist auch nach Rücksprache mit Herrn Bigelmeier absolut problematisch, da westlich der B17 keine leistungsfähigen Ausweichrouten vorhanden sind und es auf jeden Fall zu massiven Rückstauungen kommen wird mit einer hohen Gefahr von Unfällen. Alternativ kann nur durch das Stadtgebiet ausgewichen werden.

Die Stellungnahme wird gleichzeitig an die Straßenverkehrsbehörde, das Polizeipräsidium Schwaben Nord und an die PI Mitte übersandt.

Mit freundlichen Grüßen,